Gewerkschafts Grün

Bundesvorstand

Beate Müller-Gemmeke, MdB
beate.mueller-gemmeke@gewerkschaftsgruen.de

Heiko Glawe
heiko.glawe@gewerkschaftsgruen.de

30.06.2019

Garantiesicherung statt Hartz IV

Hartz IV ist eine sanktionierende Grundsicherung, die stigmatisiert und die zudem die Menschen nicht vor Armut schützt. GewerkschaftsGrün begrüßt deshalb ausdrücklich, dass Bündnis 90/Die Grünen Hartz IV überwinden will und dass inzwischen diskutiert wird, wie eine neue Garantiesicherung aussehen kann.

Doch diese Debatte darf nicht aus den Augen verlieren, dass es nicht nur um eine menschenwürdige soziale Absicherung geht. Denn heutzutage gibt es viele zu viele Menschen, die kein soziales Netz bräuchten, wenn sie nur genug verdienen würden. Sie werden durch Niedriglöhne dazu gezwungen, Hartz IV zu beantragen. Mehr als 20 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Sie haben einen Minijob, sind nur befristet beschäftigt, arbeiten auf Abruf, als Leiharbeitskraft oder räumen per Werkvertrag die Regale in einem Supermarkt ein.

Ein soziales Netz sollte nicht diejenigen auffangen müssen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Deshalb fordert GewerkschaftsGrün, dass prekäre Beschäftigung zurück gedrängt wird. Wir brauchen neue soziale Leitplanken. Und für gerechte Löhne brauchen wir gute Tarifverträge und deshalb muss die Tarifpartnerschaft gestärkt werden.

Gleichzeitig muss Hartz IV durch eine neue soziale Mindestabsicherung ersetzt werden. Unser Ziel ist ein neues, konsistentes System der Garantiesicherung für alle Bürger*innen, welches die Würde der Menschen und ihre sozialen Rechte in den Mittelpunkt stellt und das sozio-kulturelle Existenzminimum in allen Lebenslagen garantiert und zwar als sanktionsfreie, individuelle Leistung, ohne Stigmatisierung und bürokratische Gängelung.

In der Partei Bündnis 90/Die Grünen wird mittlerweile eine einkommensabhängige Garantiesicherung diskutiert, um „Hartz IV zu überwinden“. Die bestehenden Grundsicherungsleistungen sollen zu einer Garantiesicherung zusammengefasst, die Leistungen erhöht und die Anrechnung von Erwerbseinkommen, die so genannte Transferentzugsrate, verringert werden. Die Leistung soll einkommensabhängig ausgezahlt werden, wobei bei Paaren das gemeinsame Einkommen betrachtet wird. Bei Haushalten mit geringen Vermögen soll auf eine Vermögensprüfung verzichtet werden.

GewerkschaftsGrün begrüßt diesen Vorschlag und fordert dabei, dass die Regelsätze armutsfest ausgestaltet werden, damit das sozio-kulturelle Existenzminimum tatsächlich für alle sanktionsfrei gewährleistet ist. Zudem plädiert GewerkschaftsGrün dafür, dass die Garantiesicherung für Erwerbstätige, als Steuergutschrift in die Einkommensteuer integriert wird. Das hat den Vorteil, dass Erwerbstätige unbürokratisch abgesichert werden. Finanziert werden soll die Garantierente durch eine höhere Besteuerung von hohen Einkommen, Unternehmen und Vermögen.

GewerkschaftsGrün begrüßt auch, dass die soziale Absicherung selbstverständlich immer auch mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik flankiert werden muss. Unterstützungsangebote müssen zu den Menschen passen und individuell auf sie zugeschnitten sein. Vor allem darf ein moderner Sozialstaat

Langzeitarbeitslosigkeit nicht zulassen. Deshalb muss der neu eingeführte soziale Arbeitsmarkt unbedingt verbessert werden. Notwendig ist ein echter Perspektivwechsel hin zu einem Arbeitsmarkt für alle. Und damit der Arbeitsmarkt tatsächlich für alle offen steht, muss die öffentlich geförderte Beschäftigung zu einem dauerhaften Angebot für langzeitarbeitslose Menschen werden, das auf Freiwilligkeit basiert. Zentrales Ziel ist soziale Teilhabe. So entsteht eine inklusive Gesellschaft, die nicht mehr ausschließt, sondern die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt.